

## **Straßenausbaugebühren in Thüringen**

### **Bürgerallianz will Volksentscheid**

Die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalgebühren in Thüringen will einen Volksentscheid durchsetzen. Der Vorsitzende des Bündnisses, Peter Hammen, sagte in Erfurt, "nachdem die Landesregierung unseren Vorschlag für eine Gesetzesänderung abgelehnt hat, sollten wir keine Zeit verstreichen lassen, den nächsten Schritt zu gehen". Fast alle der rund 100 teilnehmenden Bürgerinitiativen hätten ihre Unterstützung signalisiert.

#### **Antrag soll am 19. Juni übergeben werden**

Der Antrag auf Einleitung eines Entscheides könne dann in anderthalb Monaten am 19. Juni an Landtagspräsidentin Birgit Diezel übergeben werden. Der Schatzmeister der Bürgerallianz und Linke-Landtagsabgeordnete Frank Kuschel kündigte an, in den kommenden Wochen werde nun der Antrag auf die Änderung des Kommunalabgabengesetzes formuliert. Die Sammlung der erforderlichen 5.000 Stimmen zur Einleitung kann Kuschel zufolge schon am 25. Juni beginnen. Sollte es der Bürgerallianz gelingen, den Bürgerentscheid durchzusetzen, muss sie noch einmal auf die Straße: Sie müssen dann binnen vier Monaten 148.000 Unterschriften sammeln.

#### **170 Kommunen verzichten seit Jahren auf die Gebühren**

Kommunen müssen Straßenausbaubeiträge zu einem großen Teil auf die Anlieger umlegen. Rund 170 Kommunen in Thüringen haben darauf in den vergangenen Jahren aber verzichtet - etwa, weil ihre finanzielle Lage dies zuließ oder aus Angst vor dem Unmut der betroffenen Anlieger. Nach Angaben der Linken beläuft sich die Gesamtsumme dieser seit 1991 nicht erhobenen Beiträge auf rund 260 Millionen Euro.

Zuletzt aktualisiert: 29. April 2011, 10:18 Uhr

#### **Frühere Meldungen**

**21. März 2011**

**[Bürgerallianz winkt erneut mit Bürgerbegehren](#)**

## **Straßenausbaubeiträge**

Kommunen sind in Deutschland gesetzlich verpflichtet, Kosten für den Bau oder die Sanierung von Straßen in ihrem Verantwortungsbereich zu einem großen Teil auf die Anlieger umzulegen. Begründet wird diese Beteiligung der Anlieger vor allem damit, dass eine Sanierung den Wert der anliegenden Grundstücke steigert.

Kritiker halten unter anderem dagegen, dass Anlieger kein Vetorecht gegen Baumaßnahmen haben. Außerdem kann eine Wertsteigerung nur im Fall eines Verkaufs des Grundstücks wirklich realisiert werden.